# Westeuropas Sicherheitspolitik

DIETER DETTKE

*Nachrüstungsdebatte und Friedensbewegung*

Das Jahr 1983 war für Europa auf dem Gebiet der Sicherheitspolitik unter mehreren Gesichtspunkten ein Jahr der Krise, deren Höhepunkt im Herbst 1983 erreicht wurde, als nach dem Abbruch der Genfer INF-Verhandlungen über Nukleare Mittelstreckensysteme (Intermediate Range Nuclear Forces) zunächst in drei westeuropäischen Ländern parlamentarische Entscheidungen über die Stationierung amerikanischer Mittelstreckenraketen getroffen werden mußten: in Großbritannien, Italien und der Bundesrepublik Deutschland. In Belgien und den Niederlanden, wo aufgrund des NATO-Doppelbeschlusses vom 12. Dezember 1979 ebenfalls eine Stationierung amerikanischer Mittelstreckenraketen vorgesehen ist (jeweils 48 Cruise Missiles) wird die Stationierung erst 1985 erfolgen. Dennoch bekräftigte auch die belgische Kammer am 9. November 1983 noch einmal, beide Teile des Nato-Doppelbeschlusses zu unterstützen. Die niederländische Parlamentsentscheidung steht zur Zeit noch aus. Schon 1979, als der Doppelbeschluß auf Regierungsebene zustandekam, deuteten sich Schwierigkeiten mit der Stationierung neuer Nuklearwaffen in Europa an. Belgien hatte zwar 1979 im Prinzip einer Stationierung auf seinem Gebiet zugestimmt, wollte diese Entscheidung aber erst sechs Monate nach der NATO-Entscheidung fällen. Die Niederlande hatten sich vorbehalten, darüber erst zwei Jahre später zu entscheiden. Am 1. 6. 1984 verschob die Regierung der Niederlande diese Entscheidung bis zum 1. November 1985. Dänemark hatte während der Dezember-Tagung der NATO versucht, den Beschluß insgesamt um eine halbes Jahr aufzuschieben, war aber mit dieser Haltung nicht erfolgreich.

Vorbehalte gegenüber einer Dislozierung neuer amerikanischer Nuklearwaffen in Europa hat es nach der Rückkehr Griechenlands in die militärische Integration der NATO im Jahre 1980 auch von griechischer Seite gegeben und Griechenland setzte sich im Sommer 1983 im Rahmen der Europäischen Politischen Zusammenarbeit (EPZ) dafür ein, die Genfer Verhandlungen um sechs Monate zu verlängern, drang damit jedoch bei seinen EG-Partnern nicht durch, die natürlich darauf verweisen konnten, daß Fragen der Sicherheit außerhalb des Zuständigkeitsbereichs der EG liegen[1]. Obwohl in hohem Maße betroffen, hielt sich die Europäische Gemeinschaft als Institution auf geradezu

künstliche Weise und nicht ohne widersprüchliches Verhalten aus einer Debatte heraus, die wie kaum eine andere zuvor die politischen Verhältnisse in Europa, zwischen Ost und West sowie innerhalb der Atlantischen Allianz berührte, und dies zu einer Zeit als dieselbe Gemeinschaft sich anschickte, einen neuen Anlauf auch im Bereich der sicherheitspolitischen Zusammenarbeit zu machen. Dieselben Außenminister, die ihren Ministerkollegen in der EPZ über bilaterale Gespräche mit der amerikanischen und der sowjetischen Regierung berichteten, bei denen allen öffentlichen Berichten zufolge Fragen im Zusammenhang mit den Genfer INF-Verhandlungen und der Stationierung neuer amerikanischer Mittelstreckenraketen eindeutig im Vordergrund standen, konnten sich nicht dazu durchringen, die EPZ mit dieser für Europa so entscheidenden Frage zu befassen.

Für diese so offensichtlich klaffende Lücke zwischen Anspruch und Wirklichkeit liegen die Gründe auf der Hand: Das politische Gewicht der Nicht-Stationierungsländer im Rahmen der EPZ hätte nicht nur die innenpolitischen Konflikte in den Stationierungsländern enorm verschärft und den Mangel an europäischer Übereinstimmung in dieser Frage nach außen deutlich gemacht, es wäre wohl auch auf der Basis des zu erwartenden Ergebnisses innereuropäischer Willensbildung zu einem europäisch-amerikanischen Gegensatz in dieser Frage gekommen, dem sich kein Einzelstaat gewachsen fühlte. Es hat dann auch relativ wenig Versuche gegeben, die Genfer Verhandlungen und die Frage der Stationierung neuer amerikanischer Nuklearwaffen in Europa überhaupt zu einer Gemeinschaftsfrage zu machen. Der einzige ernsthafte Vorschlag in dieser Richtung kam im Februar 1983 von dem ehemaligen französischen Staatspräsidenten Valéry Giscard d'Éstaing, der jedoch in der europäischen Öffentlichkeit kaum Widerhall fand[2].

Die parlamentarischen Mehrheiten in den drei Ländern, in denen mit der Stationierung begonnen wurde, waren durchaus solide. Das britische Unterhaus billigte die Entscheidung am 31. Oktober 1983 mit 362 gegen 218 Stimmen. Die italienische Kammer erteilte das Mandat zur Stationierung am 16. November 1983 mit 351 gegen 219 Stimmen und der Deutsche Bundestag verabschiedete am 22. November 1983 mit 286 gegen 226 Stimmen eine von den Koalitionsfraktionen eingebrachte Entschließung, in der die Entscheidung der Bundesregierung unterstützt wurde, den Beginn des Stationierungsprozesses fristgerecht einzuleiten. Auch die Entscheidung der belgischen Kammer vom 9. November 1983 (dort beginnt die Stationierung erst 1985) wurde mit einer klaren Mehrheit gefällt: 112 gegen 84 Stimmen[3]. Ob sich diese Parlamentsentscheidungen auch auf eine entsprechende Bevölkerungsmehrheit stützen konnten, muß angesichts der starken öffentlichen Auseinandersetzungen in dieser Frage jedoch bezweifelt werden. Eine populäre Maßnahme war die Stationierung gewiß nicht, in keinem der genannten Länder. Umfragen in der Bundesrepublik zeigten durchweg eine Mehrheit gegen die Stationierung und für weitere Verhandlungen[4]. Je nach Fragestellung waren bis zu zwei Drittel der Bevölke-

rung eher negativ zur Stationierung neuer amerikanischer Mittelstreckenwaffen auf deutschem Boden eingestellt. Die Friedensbewegung in der Bundesrepublik Deutschland und in anderen westeuropäischen Ländern erhielt durch den NATO-Doppelbeschluß ganz entscheidenden Auftrieb, obwohl sich die Ursachen für ihr Anwachsen zu Beginn der 80er Jahre nicht allein darauf zurückführen lassen.

Das in Europa sich ausbreitende Gefühl von Unsicherheit war gewiß auch eine Folge der zunehmenden weltpolitischen Spannungen nach der Geiselkrise von Teheran und dem sowjetischen Einmarsch in Afghanistan. Bemerkbar machte sich schließlich auch, daß seit 1973 kein einziges Rüstungskontrollabkommen mehr unter Dach und Fach gebracht werden konnte. Die letzte wichtige Vereinbarung auf dem Gebiet der Ost-West-Zusammenarbeit war die Unterzeichnung der KSZE-Schlußakte im Sommer 1975. Mehrere wichtige laufende Rüstungskontrollvorhaben, darunter vor allem der 1979 unterzeichnete SALT II-Vertrag, der in Europa als Herzstück der Rüstungskontrolle angesehen wurde, kamen nicht zustande. Die Wiener MBFR-Verhandlungen über beiderseitige ausgewogene Truppenverminderung (Mutual Balanced Force Reductions) traten weiter auf der Stelle, und im Herbst 1983 blieben auch sie zusammen mit den Genfer INF-Verhandlungen und den START-Verhandlungen über die Verminderung nuklear-strategischer Waffen (Strategic Arms Reduction Talks) stecken oder wurden ab- oder unterbrochen.

So wuchs in Europa und Amerika die Furcht erheblich, daß die Welt durch eine Intensivierung des Wettrüstens zwischen den beiden Supermächten möglicherweise in einen Nuklearkrieg ‚schliddern' könnte. Zum ersten Mal seit Gründung der NATO gewann selbst im westlichen Bündnis die Angst vor einer Katastrophe teilweise Überhand gegenüber der sowjetischen Bedrohung. Die Nuklearfrage wurde in erheblichem Maße politisiert, und die Friedensbewegung fand Zulauf nicht nur bei einer in stärkerem Maße protestbereiten Jugend, sondern auch bei den Kirchen, Gewerkschaften und den politischen Parteien und ihren Organisationen. Daß der sicherheitspolitische Konsens im Bündnis angesichts der öffentlichen Auseinandersetzungen brüchig geworden war, zeigte sich nicht zuletzt auch in Fachkreisen, z.B. auf der Jahrestagung 1982 des Internationalen Instituts für strategische Studien in Den Haag, wo der ehemalige amerikanische Verteidigungsminister Harold Brown sogar von einem Zusammenbruch des Konsens über die Nuklearpolitik in Europa und Amerika sprach[5]. In den einzelnen europäischen Ländern gab es allerdings erhebliche Unterschiede hinsichtlich der Breitenwirkung der Friedensbewegung, und Unterschiede in der politischen Zielsetzung der Friedensbewegung gab es auch im Vergleich zu den Vereinigten Staaten. In Amerika stand die Freeze-Bewegung, d.h. der Protest gegen eine über den jetzigen Stand hinausgehende Nuklearrüstung im Vordergrund. In Europa waren es anti-nukleare Motive schlechthin, die die Friedensbewegung prägten. Allerdings gab es auch Ausnahmen, z.B. in Frankreich. Dort konnte der sicherheitspolitische Konsens un-

ter Einschluß der Nuklearwaffen durchaus gewahrt werden. Zentrum der Friedensbewegung waren vor allem die Bundesrepublik Deutschland, die Niederlande, Dänemark und Großbritannien. Im Stationierungsland Italien war die Friedensbewegung dagegen weniger stark spürbar[6].

*Bündniskrise und Relance Européenne in der Sicherheitspolitik*

Zweifellos drückte sich im Entstehen einer breiten Friedensbewegung in Europa auch eine Krise im Atlantischen Bündnis aus, aber die Tatsachen weisen aus, daß die Friedensbewegung nicht Ursache, sondern Folge der Krise im Atlantischen Bündnis ist. Schon Anfang 1981 hatten vier außenpolitische Forschungsinstitute eine Studie über die Sicherheit des Westens vorgelegt, in der tiefgreifende transatlantische Spannungen diagnostiziert wurden, die als „Produkt komplexer historischer und struktureller Trendbewegungen" gesehen wurden und „gesellschaftliche, politische, wirtschaftliche und militärische Dimensionen aufweisen"[7]. Die vier Institutsdirektoren waren der Auffassung, „daß die Tage des guten alten ‚atlantischen Systems' vorbei sind" und „daß eine neue Bündnisbeziehung geschaffen werden muß"[8]. In einer Phase weltpolitischer Zusammenarbeit zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion, d.h. in der Ära der Entspannung, machte sich das latente Spannungsverhältnis zwischen europäischen und amerikanischen Interessen nur geringfügig bemerkbar. Als sich jedoch die internationale Konstellation als Ergebnis der sowjetischen Intervention in Afghanistan und auf dem Hintergrund der Geiselnahme in Teheran sowie der Ereignisse in Polen zu einer feindlichen Bipolarität zurückzuentwickeln begann, wuchs in Europa die Befürchtung, daß die hier erreichte Stabilität aufgrund außereuropäischer Entwicklungen ernsthaft gefährdet sei. In diesem Punkt manifestierten sich dann auch erstmals autonome europäische Sicherheitsinteressen in einem deutlich erkennbaren Gegensatz zu den USA[9]. In einem gemeinsamen Kommuniqué vom 6. Februar 1981 erklärten deshalb der deutsche Bundeskanzler und der französische Staatspräsident, daß sie „beabsichtigten, den Tatsachen, die zur Destabilisierung geführt haben, und den Gefahren, die sich aus ihnen für die Zukunft des Friedens ergeben, das gemeinsame und entschlossene Handeln ihrer beiden Länder entgegenzusetzen"[10].

Die weltpolitische Krisenerfahrung der Jahre 1980 und 1981 und innerhalb des Bündnisses der neue amerikanische außenpolitische Kurs zunehmender Konfrontationsbereitschaft gegenüber der Sowjetunion und neuer Rüstungsanstrengungen standen an der Wiege einer Relance Européenne auch in der Sicherheitspolitik. Das zeigte sich dann besonders deutlich in der europäischen Haltung gegenüber den amerikanischen Versuchen im Jahre 1982, das Erdgas-Röhren-Geschäft nach Möglichkeit zu unterbinden. Die amerikanische Embargo-Politik traf auf den geschlossenen europäischen Widerstand, und sie mußte schließlich unter erfolgreichem europäischem Druck auf den eigenen Bündnispartner im Jahre 1983 aufgegeben werden.

Schon in der deutsch-französischen Erklärung vom 25. Februar 1982 wurde ein vertiefter „Gedankenaustausch zwischen beiden Regierungen über Probleme der Sicherheit" angekündigt und Giscard d'Éstaing präzisierte dieses Projekt, indem er erklärte: „Für den Fall, daß ich wiedergewählt worden wäre, hatte ich die Absicht, mit Helmut Schmidt die Möglichkeit zu prüfen, gemeinsame Überlegungen zu Fragen der Sicherheit unserer beiden Staaten und Europas zu beginnen."[11] Nach dem Regierungswechsel in Frankreich 1981 und in der Bundesrepublik im Oktober 1982 blieb die Frage einer engeren sicherheitspolitischen Abstimmung zwischen beiden Ländern und darüber hinaus als europäisches Ziel erhalten. Premierminister Mauroy erklärte bereits im Oktober 1981, daß es notwendig sei, „über die Perspektive eines (europäischen) politischen Systems nachzudenken, das über eine autonome Verteidigung verfügt"[12]. Vor allem aber verband Mauroy diese Erklärung mit dem Hinweis, daß „ein Angriff auf Frankreich nicht erst dann anfängt, wenn der Feind in französisches Territorium eindringt"[13]. Die darin zum Ausdruck kommende Abkehr von einem Verteidigungsdenken in den Kategorien eines national begrenzten Sanktuariums verspricht in der Tat bessere Aussichten für eine neue europäische sicherheitspolitische Initiative. Die neue deutsche Bundesregierung griff den von Schmidt und Giscard d'Éstaing gesponnenen Faden auf und schon bei der ersten Begegnung zwischen Staatspräsident Mitterrand und Bundeskanzler Kohl, am 4. Oktober 1982, wurde vereinbart, die sich anbahnende Zusammenarbeit auch in sicherheitspolitischen Fragen fortzuführen. Als am 21. und 22. Oktober 1982 die deutsch-französische Konsultation stattfand, ging diesem Treffen dann erstmals eine gemeinsame Sitzung der Außen- und Verteidigungsminister voraus. Es wurde beschlossen, zur Wiederbelebung der im deutsch-französischen Vertrag vorgesehenen sicherheitspolitischen Zusammenarbeit Studiengruppen einzusetzen[14]. Anläßlich des 20. Jahrestages des deutsch-französischen Vertrages stellten Staatspräsident Mitterrand und Bundeskanzler Kohl übereinstimmend fest, daß die Zusammenarbeit im Bereich der Sicherheitspolitik, einschließlich der Rüstungszusammenarbeit, mit Nachdruck vorangetrieben werden sollte. Staatspräsident Mitterrand erklärte in seiner am 20. Januar 1983 vor dem Deutschen Bundestag gehaltenen Rede: „Der Zustand der Welt rückt für jeden, der Verantwortung trägt, die Frage der Sicherheit und damit der Verteidigung in den Vordergrund."[15] In der Rede von Bundeskanzler Kohl am 21. Januar 1983 in Paris hieß es: „Der Auftrag des Elysée-Vertrages zu einer engeren sicherheits- und verteidigungspolitischen Abstimmung zwischen den Vertragspartnern ist in der gegenwärtigen internationalen Lage aktueller denn je."[16] Fortschritte zeigten sich schon sehr schnell nach Wiederbelebung des Elysée-Vertrages in diesem Bereich. Bei der deutsch-französischen Konsultation im November 1983 konnte Bundeskanzler Kohl feststellen: „Wir sind über die guten Fortschritte in der sicherheitspolitischen Zusammenarbeit zwischen Frankreich und der Bundesrepublik Deutschland tief befriedigt . . . Als erstes konkretes Ergebnis für den operativen und

technischen Bedarf der Streitkräfte ist eine Vereinbarung über die gemeinsame Entwicklung eines Panzerabwehrhubschraubers für die deutschen und französischen Streitkräfte erzielt worden." Mitterrand und Kohl waren weiter der Auffassung, „daß von dieser Zusammenarbeit ein Impuls für eine engere sicherheitspolitische Abstimmung der europäischen Staaten ausgehen wird"[17].

*Öffentliche sicherheitspolitische Diskussion und „Feierliche Deklaration zur Europäischen Union"*

Ließen sich auf deutsch-französischer Ebene recht schnell konkrete Fortschritte und Ergebnisse auch in der Sicherheitspolitik erzielen, so erwies sich der gleiche Prozeß innerhalb der Europäischen Gemeinschaft als sehr viel langwieriger und mühevoller. Dieselben Überlegungen, die Schmidt und Giscard d'Éstaing zu einem gemeinsamen Vorgehen in der Sicherheitspolitik veranlaßten, standen auch bei einer europäischen Initiative Pate, die Außenminister Genscher am 6. Januar 1981 auf dem traditionellen Dreikönigstreffen der FDP in Stuttgart ergriff. Ziel dieser Initiative war die Schaffung einer Europäischen Union auf der Grundlage einer „Europäischen Akte", die auch die Sicherheitspolitik einschließen sollte. Dieser deutsche Vorschlag wurde alsbald von der italienischen Regierung aufgegriffen und mit Vorschlägen zur wirtschaftlichen Integration versehen. Seitdem wurde sie zur „Genscher-Colombo-Initiative". In den Beratungen über diese Initiative zeigte sich jedoch sehr schnell, daß die Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft sich in Fragen der Sicherheitspolitik äußerst zurückhaltend verhielten, obwohl die EPZ seit 1970 auch in sicherheitspolitischen Fragen durchaus Ergebnisse vorweisen konnte. Dies gilt vor allem für die Begleitung der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE), wo die EG als Institution eine außerordentlich aktive Rolle zu spielen in der Lage war, aber auch für das Abstimmungsverhalten in der UNO und für Initiativen und Erklärungen gegenüber Drittstaaten oder betreffend die Lage in Afghanistan, Polen und dem Nahen Osten. Dennoch mußte sich die EG in Stuttgart in ihrer „Feierlichen Deklaration zur Europäischen Union" damit zufriedengeben, daß unter den Maßnahmen, die zur Bewältigung der wachsenden Probleme der internationalen Politik für die zukünftige Europäische Politische Zusammenarbeit genannt wurden, die Sicherheitspolitik nur in der Form einer „Koordinierung der Positionen der Mitgliedstaaten zu den politischen und wirtschaftlichen Aspekten der Sicherheit" aufgeführt wurde[18]. Mit der Genscher-Colombo-Initiative wurde deshalb kein neuer Politikbereich Sicherheitspolitik für die Europäische Politische Zusammenarbeit erschlossen. Es blieb vielmehr bei der alten Regelung, die eine sicherheitspolitische Willensbildung auf europäischer Ebene nur in sehr beschränktem Maße zuläßt.

Vor dem Hintergrund der öffentlichen Diskussion, die in dieser Frage geführt wurde, wie auch angesichts der deutsch-französischen bilateralen Ansätze und eines zunehmenden Interesses des Europäischen Parlaments, sicherheits-

politische Fragen aufzugreifen, erweist sich das Stuttgarter Ergebnis der Genscher-Colombo-Initiative als enttäuschend mager. In der öffentlichen Diskussion erregte vor allem ein weiterer Bericht von fünf europäischen Forschungsinstituten Aufsehen, der Anfang 1983 erschien[19]. Die Autoren der Studie waren der Auffassung, daß die Zeit reif sei, „die Friedens- und Sicherheitsproblematik zu prüfen, sich über das, was auf dem Spiel steht, klar zu werden, und mit Blick auf die europäischen Zusammenschlüsse und Institutionen im Rahmen gemeinsamer westlicher Ansätze entsprechend neue Verantwortlichkeiten zu entwickeln und zu übertragen"[20]. Konkret vorgeschlagen wurden u.a. regelmäßige Treffen der europäischen Verteidigungsminister im Rahmen der EPZ (dieser Vorschlag spielte bereits in der Genscher-Colombo-Initiative eine Rolle, konnte dort aber nicht durchgesetzt werden) sowie eine europäische Agentur für Rüstungsbeschaffung. Ziel der Vorschläge, die auch ein stärkeres Engagement Europas außerhalb der eigenen Grenzen beinhalteten, war es, die Europäische Gemeinschaft zur „europäischen Säule einer westlichen Sicherheitspolitik"[21] zu machen. Auch das Europäische Parlament griff die Fragestellung um die Jahreswende 1982/83 auf und debattierte im Januar 1983 den sogenannten Haagerup-Bericht über „die Europäische Politische Zusammenarbeit und die Sicherheit Europas"[22]. In einer Entschließung vom 13. Januar 1983, die mit 133 Ja-Stimmen bei 5 Nein-Stimmen und 19 Enthaltungen angenommen wurde, forderte das Europäische Parlament u.a. ein „echtes europäisches Friedens- und Sicherheitskonzept" und die Festlegung einer gemeinsamen europäischen Sicherheitspolitik.

Wenig später bot der sogenannte Fergusson-Bericht[23] über „die Rüstungsbeschaffung im Rahmen einer gemeinsamen Industriepolitik und die Waffenverkäufe" erneut Gelegenheit, ein heißes sicherheitspolitisches Eisen im Europäischen Parlament zu diskutieren. In einen Reihe von Anträgen zu diesem Bericht wurde der Versuch gemacht, das Thema Rüstungsbeschaffung gar nicht erst zu behandeln. Der Versuch blieb jedoch erfolglos. Das Europäische Parlament gewann vielmehr immer mehr Geschmack an sicherheitspolitischen Fragen und im November 1983 kam es sogar zu einer lebhaften ‚Raketendebatte' in Straßburg. Anlaß waren zwei Anfragen zum Brief des griechischen Außenministers an seine EG-Amtskollegen, in dem gefordert wurde, die Durchführung der Stationierung von Pershing II-Raketen und Cruise Missiles in Europa um ein halbes Jahr zu verschieben[24]. In dieser Debatte spiegelten sich sehr deutlich die innenpolitischen Konflikte aufgrund des NATO-Doppelbeschlusses insbesondere in den Stationierungsländern wider. Der am Ende dieser Debatte angenommene Entschließungsantrag unterstützte „die Regierungen der Mitgliedstaaten, die sich fest entschlossen zeigen, das im Interesse der Sicherheit unserer Staaten und des gesamten Westens notwendige Kräftegleichgewicht aufrechtzuerhalten"[25]. Am 11. April 1984 griff das Europäische Parlament das Thema Sicherheitspolitik erneut auf und forderte in einer „Entschließung zu den gemeinsamen europäischen Interessen, Risiken und Bedürfnissen

im Bereich der Sicherheitspolitik" die Außenminister auf, im Rahmen der EPZ ein „europäisches Sicherheitskonzept" zu entwickeln[26].

*Ausblick*

Nach vielen gescheiterten Versuchen, die europäische Integration auch auf das Gebiet der Sicherheit und Verteidigung auszudehnen, ist angesichts der Bemühungen um mehr sicherheitspolitische Zusammenarbeit im europäischen Rahmen zu Beginn der 80er Jahre Skepsis im Hinblick auf mögliche Durchbrüche angebracht. Die Erfahrung seit dem Scheitern der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (EVG) im Jahre 1954 lehrt, daß es keinen schnellen Weg zur Europäischen Einigung gibt. Der sicherheitspolitischen Zusammenarbeit in Europa sind im Innern, aber auch aufgrund der strategischen Lage Europas Grenzen gesetzt. Die Ursache für den bisherigen Mangel an Fortschritt auf dem Gebiet der Sicherheitspolitik ist struktureller Art. Ein relativ labiler Zustand des Integrationsprozesses und zum Teil sehr unterschiedliche sicherheitspolitische Interessen der einzelnen Mitgliedstaaten einerseits und die nach wie vor vorhandene Dominanz der Vereinigten Staaten in der Atlantischen Allianz andererseits, lassen sicherheits- und verteidigungspolitische Anstrengungen der Westeuropäer im Sinne europäischer Unabhängigkeit nur sehr schwer zum Zuge kommen. In dem Maße wie auch aus amerikanischer Sicht Eigeninteressen überwiegen, die amerikanische Sicherheit auf der Grundlage einer starken militärischen Präsenz auf dem europäischen Kontinent zu gewährleisten und dementsprechend kaum wirkliche Zwänge zum Aufbau einer unabhängigen europäischen Verteidigung ausgelöst werden, dürften sich die gegenwärtig vorherrschenden Strukturen der Sicherheitspolitik kaum ändern. Allerdings gibt es gegenwärtig in den USA durchaus Anzeichen dafür, daß diese Grundlagen dort keineswegs mehr als zwangsläufig angesehen werden. Eine grundlegende Überprüfung des amerikanischen Engagements für Europa ist nicht für alle Zeiten auszuschließen. Welche Dynamik dadurch in Europa ausgelöst wird, ist allerdings offen. Eine automatische Entwicklung hin zu einer gemeinsamen europäischen Verteidigung ist keineswegs die einzig denkbare Entwicklung. Ein politisch und wirtschaftlich unzureichend gestützter Integrationsprozeß könnte auch einen beschleunigten Zerfall der bisher erreichten europäischen Zusammenarbeit auslösen. Zum anderen könnte die heute in einem Zustand weltpolitischer Spannungen als notwendig empfundene europäische sicherheitspolitische Zusammenarbeit unter den Bedingungen einer erneuerten amerikanisch-sowjetischen Zusammenarbeit und weltpolitischen Entspannung als wenig vordringlich angesehen werden. Wenn es heute gelingen würde, die in Europa bereits vorhandenen verteidigungspolitischen Institutionen – und dafür käme nur die Westeuropäische Union (WEU) infrage – mit mehr Leben zu füllen, könnte die sicherheitspolitische Zusammenarbeit sich möglicherweise unabhängiger von äußeren Bedingungen entwickeln. Dies wäre, wenn es so käme, sicherlich ein Fortschritt, wenn auch ein bescheidener.

## Anmerkungen

1 Siehe ergänzend dazu den Beitrag ‚Die Europäische Politische Zusammenarbeit' in diesem Band.
2 Siehe dazu den Artikel von Valéry Giscard d'Éstaing in Le Monde v. 19. 2. 1983.
3 Dokumente zu den genannten Parlamentsentscheidungen in: Europa-Archiv, Bonn 1984, Folge 4, S. D 83ff.
4 Vgl. SINUS-Studie „Sicherheitspolitik, Bündnispolitik, Friedensbewegung", München, Oktober 1983 sowie „Politik-Barometer" (ZDF) vom 1. 6. 1983 und eine Umfrage im „Bericht aus Bonn" (ARD) vom 11. 2. 1983.
5 Vgl. Adelphi-Papers, Nr. 183, London 1983, S. 19 – 27.
6 Vgl. Jahrestagung des IISS 1982; Beiträge abgedruckt in: Adelphi-Papers, Nr. 182 – 184, London 1983.
7 Die Sicherheit des Westens: Neue Dimensionen und Aufgaben. Ein Bericht der Direktoren des Council on Foreign Relations, des Forschungsinstituts der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik, des Institut Français des Relations Internationales, des The Royal Institute of International Affairs, Bonn 1981, S. 13.
8 Ebenda.
9 Vgl. Dieter Dettke, Amerika und Europa – Ist das Bündnis in Gefahr? In: Die Neue Gesellschaft, Bonn 1982, Nr. 4, S. 352 – 355.
10 Gemeinsame Erklärung anläßlich der 37. deutsch-französischen Konsultation am 5. und 6. Februar 1981 in Paris, Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Nr. 12 v. 11. Februar 1981, S. 101.
11 Vgl. Michel Tatu, Europäische Verteidigung – eine gemeinsame Aufgabe? In: Dokumente, Sonderheft zum 22. Januar 1963 – 1983, Bonn 1983, S. 47.
12 Ebenda, S. 48.
13 Ebenda.
14 Ebenda.
15 Europa-Archiv, Bonn 1983, Folge 5, S. D 145 – 155.
16 Ebenda, S. 161.
17 Europa-Archiv, Bonn 1984, Folge 2, S. D 47.
18 Feierliche Deklaration zur Europäischen Union, abgedruckt als Dokument Nr. 5 in diesem Band; siehe ergänzend den Beitrag ‚Die Bilanz der Europäischen Integration 1983' in diesem Band.
19 Die EG vor der Entscheidung. Fortschritt oder Verfall, Bonn 1983.
20 Ebenda, S. 48.
21 Ebenda, S. 68.
22 Dok. EP 1-946/82.
23 Dok. EP 1-455/83.
24 Vgl. Die Woche im EP, 1983, Nr. 13.
25 Ebenda, S. 15; die Entschließung ist abgedruckt als Dokument Nr. 7 in diesem Band.
26 Drucksache des Deutschen Bundestages, 10/1373.

## Weiterführende Literatur

Alford, Jonathan, Die Aussichten der Stockholmer Konferenz über Abrüstung in Europa, in: Europa-Archiv, Bonn 1983, Folge 21, S. 677 – 674.

Burrows, Bernhard, Überlegungen zu einer europäischen Verteidigungsorganisation, in: Integration, Institut für Europäische Politik, Bonn 1983, Nr. 2, S. 67 – 74.

Gutteridge, William (Hrsg.), European Security, Nuclear Weapons and Public Confidence, Oxford: Macmillan Press 1983, 170 S.

Haagerup, Niels Jørgen, Die europäische Sicherheitsdimension, in: Europa-Archiv, Bonn 1983, Folge 9, S. 273 – 278.

Tatu, Michel, Europäische Verteidigung – eine gemeinsame Aufgabe? Enttäuschungen und neue Versuche mit einem brennenden Problem, in: Dokumente, Zeitschrift für den deutsch-französischen Dialog und übernationale Zusammenarbeit, Bonn 1983, Sonderheft zum 22. Januar 1963 – 1983, S. 41 – 54.

Weidenfeld, Werner, Perspektiven einer engeren sicherheitspolitischen Zusammenarbeit der westeuropäischen Staaten, in: DGFK Jahrbuch 1982/83: Zur Lage Europas im globalen Spannungsfeld, Baden-Baden: Nomos 1983, S. 467 – 477.